



## **OZEANIEN/PAPUA NEUGUINEA - Todesstrafe auf zahlreiche Delikte ausgeweitet: „Dies ist nicht die richtige Antwort“, so die katholische Kirche**

Port Moresby (Fidesdienst) – Das Parlament von Papua Neuguinea billigte am vergangenen 28. Mai eine Änderung des Strafrechts und dehnte die Todesstrafe auf zahlreiche Delikte aus, darunter schwere Vergewaltigung, Ritualdelikte, bewaffneter Diebstahl aus.

Wie Beobachter dem Fidesdienst berichten vertritt die katholische Kirche die Ansicht, dass die Änderung des Strafrechts zu rasch gebilligt, während im Land noch eine heftige Debatte zu Fragen der öffentlichen Sicherheit stattfindet. In den vergangenen Monaten war es im ganzen Land immer wieder zu Protesten gegen den Anstieg der Gewalt gekommen, an denen Studenten, Arbeiter und Frauen teilnahmen.

„Das Leid der Opfer dieser Verbrechen ist unsagbar“, so die Kirche, doch „die Todesstrafe ist keine richtige Antwort, da sie keine abschreckende Wirkung hat“, so P. Giorgio Licini vom Päpstlichen Institut für die Außenmissionen (pime), der die Pressestelle der Bischofskonferenz von Papua Neuguinea und der Salomonen leitet. In den vergangenen Wochen hatten sich die Bischöfe mehrmals ablehnend zur Erweiterung der Todesstrafe geäußert. „Das Problem ist nicht das fehlen von Gesetzen, sondern dass diese nicht angewandt werden“, so P. Licini. Das Parlament kündigte auch eine Wiederaufnahme der Hinrichtungen von zum Tode Verurteilten an (die letzte Hinrichtung von 1954 statt), Doch „der Beschluss wurde ohne vorherige öffentliche Debatte gefasst, die viele Sektoren der Gesellschaft forderten“.

„Bei den Bürgern entsteht der Eindruck einer oberflächlichen Behandlung der Frage“, so der Medienbeauftragte, „was kaum auf eine ernsthafte Absicht der Bekämpfung der Kriminalität schließen lässt“. Unterdessen verurteilte „Amnesty International“ bereits den Beschluss der Regierung von Papua Neuguinea. (PA) (Fidesdienst, 31/05/2013)